

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 107 (1974)
Heft: 20

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Präsident des Kantonalvorstandes zum Jahresbericht des BLV

Referat zu Strukturproblemen, gehalten anlässlich der Abgeordneten-Versammlung vom 24. April 1974

Das Jahr 1973 gab der bernischen Lehrerschaft zweimal Anlass zur Genugtuung: Sowohl das Lehrerbesoldungsgesetz wie die Wahlbarkeit der Lehrergrossräte betreffende Verfassungsänderung wurden vom Volk wider Erwarten gut angenommen. Wir durften erfahren, dass unser Beruf in der Öffentlichkeit grösseres Ansehen geniesst, als wir für gewöhnlich glauben. Mit Genugtuung haben wir auch festgestellt, dass wir im Abstimmungskampf keine leeren Worte gemacht hatten: Der Lehrerberuf ist offensichtlich dank den höheren und ausgeglichenen Löhnen begehrter geworden. Der starke Zudrang zu den Seminaren und die einsetzende Rückwanderung in den Lehrerberuf beweisen es.

Der Dank an alle, die am Zustandekommen des neuen LBG beteiligt waren, wurde im Berner Schulblatt ausgesprochen. Ich möchte es nicht unterlassen, auch an dieser Stelle noch einmal herzlich zu danken.

Leider war auf Ende des Berichtsjahres verschiedenes nicht erledigt, und zum Teil ist es dies auch jetzt noch nicht. Viele Kolleginnen und Kollegen in Bern, Biel und andern grössern Ortschaften warten immer noch auf die Regelung ihrer Besitzstände. Die Behörden möchten sie mit Hilfe der Teuerungszulagen verschwinden lassen; der Kantonalvorstand hat jedoch beschlossen, sich für den sogenannten dynamischen Besitzstand einzusetzen. Ebenfalls noch ausstehend ist die Verordnung des Regierungsrates über die Entschädigung der Sekundarschulvorsteher und der Oberlehrer/Vorsteher an Primarschulen und die Verordnung über die Entschädigung für besondere Funktionen. Der Kantonalvorstand strebt auch hier eine baldige, befriedigende Regelung an.

Nachdem ich die für uns Lehrer wohl wichtigsten Ereignisse des vergangenen Vereinsjahres kurz gestreift habe, gestatte ich mir einige Bemerkungen, die die Struktur unseres Vereins und deren Problematik berühren. Erlauben Sie mir, dass ich einige heikle Dinge ganz offen darlege.

Im Bericht über die Sitzung der Kantonalen Primarlehrer-Kommission vom 16. Januar 1974, publiziert im Berner Schulblatt Nr. 6 vom 8. Februar 1974, stehen u. a. folgende Sätze: «Wir nahmen Kenntnis vom Jahresbericht des BMV im Berner Schulblatt vom 7. 12. 73 und von den in ihm enthaltenen falschen Behauptungen und ungerechtfertigten Anwürfen an die bernischen Primarlehrer. Wir warten auf die Reaktion des angegriffenen Lehrervereins.»

Zu Ihrer Orientierung zitiere ich ebenfalls einige Sätze aus dem Jahresbericht des BMV: «IV. Verhältnis zum

BLV: Der Bernische Lehrerverein ist kein «Lehrerverein», sondern ein PL-Verein mit absoluter Mehrheit der PL, an dessen Sitzungen 2 Vertreter des BMV und 1 Vertreter des BGV mit Stimmrecht beiwohnen... Ein eigener PL-Verein gäbe den Weg frei zur Schaffung eines wirklichen Lehrervereins, der dann Gegensätze mit echten Kompromissen auszugleichen hätte... Ein «integrierter Lehrerverein» wird aber die spezifischen Belange der Sekundarlehrerschaft aus psychologischen Gründen nie vertreten, nie vertreten können. Für diese werden wir wie bisher ganz allein kämpfen müssen.» Die beiden Berichte, aus denen ich zitiert habe, zeigen uns mit aller Deutlichkeit die gegenwärtigen Spannungen innerhalb des BLV an. Zum besseren Verständnis dieser Situation muss ich das Jahr 1915 erwähnen, als der BLV mit dem BMV ein Abkommen schloss. Punkt 1 dieses Abkommens bestimmte: Die Mitglieder des BMV gehören dem BLV mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Primarlehrer an. Der BMV ist indessen in der Behandlung seiner Geschäfte selbständig.» Bis zum 24. April 1915, dem Tag, an dem die Delegierten des BLV einstimmig dem Abkommen zustimmten, waren beide Vereine vollständig unabhängig voneinander gewesen, wobei der BLV zur Hauptsache aus Primarlehrern, der BMV aus Sekundar- und Gymnasiallehrern bestanden hatte. Obschon es zweifellos ein Fortschritt war, dass sich die Lehrer verschiedener Stufen zusammenschlossen, war doch diese Verbindung nicht problemlos, da jede Stufe weiterhin ihre eigenen Angelegenheiten behandeln wollte. Zudem gab es immer wieder Fragen, in denen eine Einigung nur mühsam oder überhaupt nicht zu stande kam.

Am Beispiel der Pflichtlektionenverordnung möchte ich diese Feststellung illustrieren und gleichzeitig eine der wichtigsten Ursachen der heutigen Spannungen zwischen Primar- und Sekundarlehrern aufzeigen. Nach

Inhalt – Sommaire

Der Präsident des Kantonalvorstandes zum Jahresbericht des BLV	169
Kantonale Primarlehrer-Kommission	170
Stellvertretungskasse für bernische Mittellehrer	171
Bernischer Mittellehrerverein	172
Kurssekretariat	172
Société bernoise des maîtres aux écoles moyennes	173
Dans les sections	174
Mitteilungen des Sekretariates	176
Communications du Secrétariat	176

mühsamen, zeitraubenden Vorarbeiten im Schosse der vereinsinternen Pflichtlektionenkommission, in der Vertreter aller Stufen mitgearbeitet hatten, musste der Kantonalvorstand am 16. Juni 1971 über die endgültige Formulierung der Eingabe an die Erziehungsdirektion entscheiden. Die Sekundarlehrer im Kantonalvorstand forderten für die Sekundarlehrerschaft 26 Pflichtlektionen als Ziel mit einer angemessenen Übergangszeit; Primar- und Gymnasiallehrer ihrerseits wollten im äussersten Fall 27 Lektionen bewilligen mit dem Zugeständnis, dem BMV in 2-3 Jahren weitere Forderungen zu gestatten. In einer denkwürdigen, vom damaligen Kantonalvorstandspräsidenten Zumbrunn geleiteten Abstimmung erhielt die Variante «27 Lektionen» 9 Stimmen und die Variante «26 Lektionen» deren 2 (beide anwesende Sekundarlehrer).

Das zähe Ringen um die Pflichtlektionen hatte Folgen. Der Vorstand des BMV interpretierte das Abstimmungsergebnis dahin, dass es unmöglich wäre, wesentliche Forderungen der Sekundarlehrerschaft gegen den Widerstand der übrigen Lehrerkategorien, insbesondere der Primarlehrer, durchzusetzen. Die Folge war eine betont eigenständige, dem BLV gegenüber misstrauische Politik des BMV, was im zitierten Jahresbericht 72/73 deutlich zum Ausdruck kommt. Als Vertreter der Sekundarlehrer im Kantonalvorstand BLV und gleichzeitig als dessen Präsident bedaure ich diese Entwicklung sehr. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein bewusstes Sich-Distanzieren nicht nur dem Gesamtverein schadet, sondern auch den Sekundarlehrern letzten Endes nichts einbringt.

Auch für die Primarlehrer wurde die Pflichtstunden- und Besoldungsdiskussion zum Ausgangspunkt einer neuen Politik. Befremdet und dennoch beeindruckt von der geschlossenen, ja starren Haltung der Sekundarlehrer-Vertreter in Kommissionen und Kantonalvorstand, wo sie sich jederzeit auf Vorstands- und Delegiertenversammlungsbeschlüsse berufen konnten, fanden es führende Primarlehrer für nötig, eine eigene Organisation zu schaffen, um ähnliche Möglichkeiten der Einflussnahme wie der BMV zu erhalten. Diese Bestrebungen erwuchsen aus einer schon lange vorhandenen Unzufriedenheit vieler Primarlehrer. Neue Nahrung fand dieses Unbehagen, als die im Dekret über die Lehrerbesoldungen festgelegten Stufenrelationen bekannt wurden. Es wurde als stossend empfunden, dass die Primarlehrerschaft weniger gehoben wurde als die übrigen Lehrerkategorien, obschon vorher die massive Hebung der Primarlehrer als dringlich bezeichnet worden war.

Diese Reaktion ist verständlich. Dennoch wäre es falsch, das verhältnismässig bessere Abschneiden der Mittellehrer dem direkten Einfluss ihrer Stufenorganisationen bei den Behörden zuzuschreiben. Die Erziehungsdirektion z. B. hat es verschiedentlich abgelehnt, direkte Verhandlungen mit Stufenverbänden zu führen. Mir scheint, viele Primarlehrer hätten diesbezüglich irrite Vorstellungen und versprächen sich zuviel von einer aktiven, dem BMV nacheifernden Stufenpolitik. Die endgültigen Entscheide sind schliesslich nicht vom BLV, sondern von Regierungsrat und Parlament getroffen worden. Entscheidende Kriterien waren hier die Ausbildungszeit sowie Quervergleiche mit der Klasseneinreihung des Staatspersonals. Der Antrag des BLV, dem wohlverstanden die Wortführer aller Lehrerkategorien zugestimmt hatten, sah für die Primarlehrer im Maximum rund 2000 Franken mehr vor, als sie gemäss

Dekret erhielten.* Durch diese Reduktion wurde das ursprüngliche, wohl ausgewogene Verhältnis wieder zerstört. Wie schwer es war, alle Widerstände gegen die heutigen Ansätze zu überwinden, haben jene erfahren, die an den Vorarbeiten zum Lehrerbesoldungsgesetz an massgebender Stelle mitgearbeitet haben. Schliesslich mussten wir ja sogar einen Referendumskampf bestehen. Ich komme zum Schluss. Viele Mitglieder des Kantonalvorstandes und alle Mitglieder des Leitenden Ausschusses, Primarlehrer und Sekundarlehrer, verfolgen mit Besorgnis die gegenwärtige Entwicklung, die zu einer Spaltung der Lehrerschaft führen kann. Dies darf unter keinen Umständen geschehen. Ich weiss, dass es nicht leicht sein wird, die auseinanderstrebenden Teile wieder zusammenzubringen. Statutenänderungen und Abmarchungen, die nur auf dem Papier stehen, nützen wenig. Wir sind auf den guten Willen eines jeden angewiesen. Helfen Sie bitte mit, ein Klima gegenseitigen Vertrauens zu verbreiten, beruhigen Sie empfindlich reagierende Kollegen, die böses Blut schaffen könnten. Auf diese Weise tragen Sie dazu bei, die unserem Verein als Ganzes innewohnende Kraft für die wesentlichen Aufgaben unserer Zeit freizumachen. Denn viele werden lachen, wenn wir uns streiten.

Kurt Vögeli

* Die Sekundarlehrer wurden um rund Fr. 1000.— zurückgesetzt, die Gymnasiallehrer dagegen um annähernd Fr. 2000.— gehoben.

Kantonale Primarlehrer-Kommission

Sitzung vom 1. Mai 1974

Während fast fünf Stunden besprach die Kommission eine grosse Zahl von aktuellen Geschäften, aus denen hier einige herausgegriffen seien.

Mit der auf 1. 1. 74 in Kraft gesetzten Verordnung über die Vertretung von Lehrern wurden für die verschiedenen Stellvertretungskassen der bernischen Lehrer ganz neue Voraussetzungen geschaffen. Die Kasse für die Primarlehrer wird im BLV-Reglement Nr. 6 geordnet und vom Zentralsekretariat verwaltet. Die anderen Lehrergruppen haben unabhängig davon eigene Kassen. In einem der nächsten Schulblätter wird ein vom Zentralsekretär BLV ausgearbeiteter Entwurf für eine neue Kasse für die Primarlehrer erscheinen. Da es sich um eine für die finanzielle Sicherheit der Primarlehrer sehr wichtige Sache handelt, bitten wir alle, den Entwurf gründlich zu studieren und mit Kollegen zu besprechen. Die Primarlehrer-Präsidentenkonferenz wird dazu Stellung zu nehmen haben. Ich persönlich bedaure es, dass diese Gelegenheit nicht dazu benutzt wurde, das alle Lehrergruppen in gleicher Weise betreffende Problem gemeinsam zu lösen und wenigstens auf diesem Gebiet für alle Gruppen ein integriertes System zu schaffen, wie es für die Lehrerorganisation als Ganzes angestrebt werden müsste.

Der Leitende Ausschuss BLV stellt einen Vorschlag für die Neustrukturierung des BLV auf Frühling 1975, eventuell Herbst 1974 in Aussicht.

Unsere Kommission weist die Leitung des BLV darauf hin, dass sich das Problem der unterschiedlichen Entlohnung für Schwimmen, Gartenbau, Handfertigkeit usw. nicht nur in der Stadt Bern, sondern im ganzen

Kanton stellt und dass es nur die Folge von viel weiter reichenden fragwürdigen Verhältnissen in unserer neuen Besoldungsordnung ist.

Eine Arbeitsgruppe unserer Kommission hat unter der Leitung von Frau Miriam Schirm zuhanden der Pädagogischen Kommission Vorschläge für Änderungen in den Lektionentafeln des Primarschullehrplans für die Unterstufe ausgearbeitet. Dabei wurden in der Diskussion alle uns bekannt gewordenen Wünsche und Anregungen der Lehrer berücksichtigt. Wir hoffen, dass die leitenden Organe des BLV noch im Laufe des Sommers der Erziehungsdirektion bereinigte Anträge werden überweisen können.

Wir nahmen Kenntnis von den erfreulichen Ergebnissen unserer Umfrage zum Arbeitsprogramm 1974. Im «Berner Schulblatt» wird ausführlich darüber orientiert werden. Eine Arbeitsgruppe unserer Kommission wird auf Grund der Meinungsäusserung der deutschbernerischen Primarlehrer Anträge ausarbeiten, die von der Primarlehrer-Präsidentenkonferenz am 12. Juni durchberaten werden sollen. Als besonders aktuelle Einzelheit sei nur folgendes herausgegriffen: die bernischen Primarlehrer lehnen mit überraschender Einmütigkeit das von der Erziehungsdirektion auf Frühling 1975 projektierte lohnwirksame Weiterbildungsjahr ab und beauftragen uns mit sehr grosser Mehrheit (1150 gegen 100 Stimmen), dieses Vorhaben zu bekämpfen.

Der Präsident: *Moritz Baumberger*

Gewinn- und Verlustrechnung

	1973/74	1972/73
Einnahmen:		
Mitgliederbeiträge	70 731.20	66 036.10
Eintrittsgelder	3 430.—	3 570.—
Einkaufssummen	1 574.85	2 347.70
Nachzahlungen	1 030.50	314.15
Zinsen	16 584.65	15 617.40
Mehrausgaben	—	5 665.85
	93 351.20	93 551.20

Ausgaben:

Stellvertretungen	21 154.25	81 155.15
Steuern	3 283.95	2 216.—
Verrechnungssteuer	320.30	266.25
Verwaltung	12 150.60	9 913.80
Mehreinnahmen	56 442.10	—
	93 351.20	93 551.20

Bilanz auf den 24. April 1974

Aktiven	Passiven
Kasse	336.10
Postcheck	3 128.95
Sparhefte	53 753.50
W'schriften	318 000.—
Mobiliar	1.—
	375 219.55
Vermögensbestand am 24. April 1974	375 219.55
Vermögensbestand am 1. April 1973	318 777.45
Zunahme	56 442.10

Jahresbericht

Durch Hinschied im Schuldienst verlor unsere Kasse im Berichtsjahr die Kollegen Germain Billieux, Courrendlin, Hans Jaggi, Orpund, Fritz Ingold, Schüpfen, Konrad Niederhäuser, Roggwil, Armin Maurer, Oberhofen. Wir bewahren den lieben Verstorbenen ein ehrendes Andenken.

Die im Kassenbericht ausgewiesene Vermögensvermehrung gibt leider ein ungenaues Bild der tatsächlichen Verhältnisse, da der Kanton für das Jahr 1973 mit uns noch nicht abgerechnet hat. Wir erwarten von ihm eine Rechnung von schätzungsweise 85 000.— Franken. Dazu kommt noch die Rückerstattung von einem Drittel der zuviel einkassierten Prämien pro 1973/74 an unsere jurassischen Kollegen. Nach Bezahlung dieser Schulden ist mit Mehrausgaben von ca. 35 000.— Franken zu rechnen. Um das Defizit nicht noch zu vergrössern, beantragt der Vorstand, auf die Rückzahlung des Prämienanteils vom 1. 1. bis 31. 3. 74 zu verzichten. Die Notwendigkeit, Wertpapiere zur Deckung der Schulden zu verkaufen, drängt sich auf.

Am 10. Dezember 1973 erfuhr unsere Kasse zum ersten Male von einem 4. Entwurf der neuen Stellvertretungsverordnung, die am 1. 1. 1974 in Kraft trat. Vom Vernehmlassungsverfahren schloss man uns aus und stellte uns vor vollendete Tatsachen. In der Antwort auf unser Protestschreiben belehrte uns der Erziehungsdirektor, als Gesprächspartner für die ED gelte der BLV, nicht unsere Kasse.

Wir nahmen unverzüglich Verbindung auf mit dem Lehrersekretariat, mit anderen Stellvertretungskassen und mit dem KV BMV. Im Berner Schulblatt No. 13 vom 29. 3. 1974 veröffentlichten wir eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der alten und der neuen Stellvertretungsverordnung und wiesen auf künftige Einsatzmöglichkeiten unserer Kasse hin. Vergleiche mit

Stellvertretungskasse für bernische Mittellehrer

Einladung zur 76. Hauptversammlung

Samstag, den 25. Mai 1974, 15.15 Uhr im Ratsstübli des Restaurants Bürgerhaus in Bern, Neuengasse 20, 1. Stock

Traktanden

1. Protokoll der Hauptversammlung vom 26. Mai 1973
2. Jahresabrechnung
3. Jahresbericht
4. Stellungnahme zum Weiterbestehen der Kasse nach Einführung der Stellvertretungsverordnung vom 9. 1. 1974
5. Festlegen der Jahresprämien
6. Wahl eines neuen Präsidenten / einer neuen Präsidentin auf 1. 10. 1974
7. Verschiedenes und Umfrage

Mitgliederbestand, Jahresrechnung und Bilanz

Mitgliederbestand am 1. April 1973	1486
Eintritte	106
	1592
Austritte	72
Mitgliederbestand am 31. März 1974	1520
Zusammensetzung des Mitgliederbestandes:	
Lehrer mit voller Std'zahl	1161
Lehrer mit reduzierter Std'zahl	51 1212
Lehrerinnen mit voller Std'zahl	259
Lehrerinnen mit red. Std'zahl	45
Arbeitslehrerinnen	4 308
	1520

* Zahlen des Vorjahres

ähnlichen Verordnungen anderer Kantone fielen eindeutig zugunsten der bernischen Regelung aus. Aufgrund statistischer Unterlagen überprüften wir unsere bisherigen Kassenleistungen. Von 1959 bis 1974 bezahlte unsere Kasse in 3703 Krankheitsfällen im 1. Jahr Fr. 561 527.—, in 8 Fällen im 2. Krankheitsjahr Fr. 9 997.—. Wir erkundigten uns auch bei Krankenkassen und Versicherungen nach den Bedingungen für Kollektiv- und Einzelabschlüsse, prüften die Möglichkeiten der Fusionierung mit anderen Stellvertretungskassen und liessen uns juristisch beraten. Es ist nun Sache unserer Hauptversammlung, bzw. einer Urabstimmung, über das weitere Schicksal unserer Kasse zu beschliessen. Es zeichnen sich verschiedene Möglichkeiten ab:

- Weiterführung der Kasse als Stellvertretungs- und Hilfs- oder Unterstützungskasse für Härtefälle und Notlagen. Dies bedingt eine Statutenänderung mit Anpassung des Zweckartikels an die neuen Verhältnisse.
- Auflösung der Kasse.
- Fusionierung mit anderen Stellvertretungskassen.
- Weiterführung der Kasse in eigener Regie mit Rückversicherung bei einer Versicherungsgesellschaft.
- Abschluss eines Vertrages mit einer privaten Institution. Es liegen günstige Offerten vor.

Es ist Pflicht jedes einzelnen Kassenmitgliedes, zu diesen für die Kasse lebenswichtigen Fragen zu gegebener Zeit Stellung zu beziehen.

Neugewählte Lehrkräfte werden ersucht, sich an den Kassier zu wenden: Max Graber, Sekundarlehrer, 3270 Aarberg, Erlachstrasse 4. Präsident: Fritz Röthlisberger, Schulvorsteher, 3018 Bern, Morgenstrasse 21 b.

Der Vorstand

Bernischer Mittellehrerverein

Einladung zur Abgeordnetenversammlung

Mittwoch, 19. Juni 1974, 09.45 Uhr, Restaurant Sternen, Belp

Traktanden

1. Begrüssung
2. Ehrung der im Vereinsjahr 73/74 verstorbenen Kolleginnen und Kollegen
3. Protokoll der ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung vom 13. 3. 74
4. Jahresbericht des Kantonavorstandes
5. Jahresrechnung
6. Voranschlag und Festsetzung des Jahresbeitrags für das Geschäftsjahr 74/75
7. Tätigkeitsprogramm
8. Wahlen
9. Angelegenheit Sekundarschule Wankdorf, Bern (evtl. Ausschluss eines Mitglieds)
10. Erlasse und Verordnungen der Erziehungsdirektion
11. Verschiedenes

Die Abgeordneten werden von den Sektionsvorständen direkt aufgeboten und mit dem nötigen Material versehen.

Biel/Ersigen, 6. Mai 1974

Für den KV BMV

Hans Grüter, Präsident/ Urs Kurth, Sekretär

Hinweis für Autofahrer: Benützung der Autobahn Bern-Thun bis Ausfahrt Rubigen, anschliessend über Hunzigenbrücke nach Belp.



Curriculumreform

Leiter

Dr. Urs Isenegger, Pädagogisches Institut der Universität Freiburg, und 4 Mitarbeiter

Veranstalter

Arbeitsgemeinschaft Nordwestschweiz für Lehrerfortbildung

Zeit und Ort

15. bis 17. Juli 1974, Seminar Hitzkirch (LU)

Ziele und Themenkreise

Auseinandersetzung mit Curricula und der Curriculumreform, insbesondere in ihrem Zusammenhang mit der Lehrerfortbildung und der Beurteilung und Entwicklung von Lehrmitteln:

- Motive der Curriculumreform
- Inhalte und Gestaltung von Curricula
- Lernziele, Lernzielarten; Frage nach Alternativen
- Einblick in Curriculumprojekte
- Bessere Auswertung der Lehrererfahrung u. a. m.

Kurskosten

Die Kurskosten und die Pensionskosten im Seminar Hitzkirch werden von der Erziehungsdirektion (Zentralstelle) übernommen. Die Reisespesen gehen zulasten des Teilnehmers.

Anmeldungen

Interessenten melden sich beim Kurssekretariat BLV, 3137 Gurzelen (033 45 19 16) oder bei der Zentralstelle für Lehrerfortbildung. Anmeldeschluss: 25. Mai 1974. Teilnehmerzahl begrenzt!



Englisch-Intensivkurs

Leiter

J. P. O'Neill, Solothurn, und Tutoren englischer Muttersprache

Zeit und Ort

8. bis 12. Juli 1974, Kantonsschule Solothurn, je 9-17 Uhr

Kursarbeit

Übungen zur Intonation / Stilistik / Übersetzungen / Übungen im Sprachlabor / Kurzreferate / gemeinsames Mittagessen in Kleingruppen unter Führung eines Tutors

Abonnement «World and Press»

Teilnehmer sind auf ihre Kosten zum Abonnement von «World and Press» für 1/2 Jahr verpflichtet (Fr. 17.40). Bestellungen an die Anmeldestelle.

Kosten

Für Berner-Lehrer mit Englischunterrichtsstunden wird kein Kursgeld verlangt. Reise- und Verpflegungsspesen zulasten der Teilnehmer.

Anmeldungen

direkt an den Veranstalter: Büro für Lehrerfortbildung, Westbahnhofstrasse 12, 4500 Solothurn. Anmeldeschluss: 25. Mai 1974. Teilnehmerzahl begrenzt.



Schulspiel

Kursleiter, Referenten

Jean Racine; Josef Elias, Serge Stauffer

Zeit und Ort

8. bis 12. Juli 1974, Lehrerseminar Solothurn

Ziel und Arbeit

Möglichkeiten aufzeigen, wie in der Schule mit gestischen und sprachlichen Mitteln Realität verarbeitet werden kann (Bewegungs-, Rollen-, Schulspiel)

Rollenspiel / Gestik / Mimik

Hilfsmittel und Raumfrage

Schulspielversuche

Kosten

Kein Kursgeld. Reise- und Verpflegungsspesen zulasten des Teilnehmers.

Anmeldungen

direkt an den Veranstalter: Büro für Lehrerfortbildung, Westbahnhofstrasse 12, 4500 Solothurn. Anmeldeschluss: 1. Juni 1974. Teilnehmerzahl begrenzt!

L'Ecole bernoise

Société bernoise des maîtres aux écoles moyennes (SBMEM)

Caisse de remplacement

Convocation à la 76^e assemblée générale

le samedi 25 mai 1974, à 15 h. 15, au «Ratsstübli» (Restaurant «Bürgerhaus»), à Berne, Neuengasse 20, 1^{er} étage

Ordre du jour

1. Procès-verbal de l'assemblée générale du 26 mai 1973
2. Comptes
3. Rapport annuel
4. Prise de position concernant le maintien de la Caisse, à la suite de l'introduction de l'Ordonnance sur le remplacement du 9. 1. 1974
5. Fixation des primes annuelles
6. Election d'un nouveau président (ou d'une nouvelle présidente) entrant en fonction le 1. 10. 1974
7. Divers et imprévu

Etat des membres, comptes et bilan

Total des membres au 1 ^{er} avril 1973	1486		
Entrées	106		
	<hr/>		
	1592		
Sorties	72		
	<hr/>		
Total des membres au 31 mars 1974	1520		

Détail de l'état des membres

Enseignants à plein emploi	1161	1130*	
Enseignants à temps partiel	51	1212	53*
	<hr/>		
Enseignantes à plein emploi	259		255*
Enseignantes à temps partiel	45		43*
Maitresses d'ouvrages	4	308	5*
	<hr/>		
	1520		

* Chiffres de l'année précédente

<i>Comptes de pertes et profits</i>	<i>1973/74</i>	<i>1792/73</i>
Recettes:	Fr.	Fr.
Cotisations des membres	70 731.20	66 036.10
Finances d'entrée	3 430.—	3 570.—
Rachats	1 574.85	2 347.70
Arriérés	1 030.50	314.15
Intérêts	16 584.65	15 617.40
Excédent de dépenses	—.—	5 665.85
	<hr/>	<hr/>
	93 351.20	93 551.20

Dépenses:		
Remplacements	21 154.25	81 155.15
Impôts	3 283.95	2 216.—
Caisse de compensation	320.30	266.25
Administration	12 150.60	9 913.80
Excédent de recettes	56 442.10	—.—
	<hr/>	<hr/>
	93 351.20	93 551.20

Bilan au 24 avril 1974

<i>Actif</i>	<i>Fr.</i>	<i>Passif</i>	<i>Fr.</i>
Caisse	336.10	Capital	375 219.55
CCP	3 128.95		
Carnets			
d'épargne	53 753.50		
Titres	318 000.—		
Mobilier	1.—		
	<hr/>		
	375 219.55		

Fortune au 24 avril 1974	375 219.55
Fortune au 1 ^{er} avril 1973	318 442.45

Augmentation

Rapport annuel

Au cours de cet exercice, nous avons déploré le décès des collègues *Germain Billieux* (Courrendlin), *Hans Jaggi* (Orpond), *Fritz Ingold* (Schüpfen), *Konrad Niederhäuser* (Roggwil), *Armin Maurer* (Oberhofen). Nous conservons le meilleur souvenir des défunt.

L'augmentation de fortune apparaissant dans les comptes ne donne malheureusement qu'une image incomplète de la réalité puisque le canton ne nous a pas encore présenté son décompte pour l'année 1973. Nous attendons une facture d'environ 85 000 francs. A cela s'ajoute la restitution d'un tiers des primes encaissées en trop chez nos collègues jurassiens pour l'année 1973/74. Quand ces dettes seront réglées, il faudra compter avec un excédent de dépenses de 35 000 francs environ. Afin de ne pas enfiler le déficit, le comité propose de renoncer à la restitution de la part de prime du 1. 1. au 31. 3. 1974. Il devient nécessaire de vendre des titres afin de couvrir les dettes.

C'est le 10 décembre 1973 que notre Caisse entendit parler pour la première fois du quatrième projet de l'Ordonnance sur les remplacements, qui entra en vigueur le 1. 1. 1974. Nous fûmes exclus des tractations et placés devant un fait accompli. Dans sa réponse à notre lettre de protestation, le directeur de l'Instruction publique nous fit savoir que la SEB, et non notre Caisse, constituait l'interlocuteur valable.

Nous primes immédiatement contact avec le Secrétariat de la SEB, avec d'autres caisses de remplacement et avec la SBMEM. Le 29 mars 1974, nous avons publié dans le n° 13 de «L'Ecole bernoise» les avantages et les inconvénients que présentaient l'ancienne et la nouvelle réglementation des remplacements et nous vous rendions attentifs aux possibilités futures d'utilisation de notre Caisse. Les comparaisons établies avec des réglementations semblables, en vigueur dans d'autres cantons, étaient toutes en faveur du système bernois. Nous avons examiné les prestations fournies jusqu'à ce jour par notre Caisse sur la base de données statistiques. De 1959 à 1974, notre Caisse a payé pour la première année de maladie 561 527 francs dans 3703 cas et, pour la deuxième année de maladie, 9997 francs dans 8 cas. Nous avons également pris des informations auprès de caisses maladie et d'assurances quant aux conditions de contrats collectifs et individuels; nous avons examiné les possibilités de fusion avec d'autres caisses de remplacement et nous nous sommes fait conseiller juridiquement. Il s'agira maintenant pour l'Assemblée générale, puis lors d'une consultation générale des membres, de décider de l'avenir de notre Caisse.

Plusieurs possibilités se dessinent à ce sujet:

- Maintien de la Caisse en tant que Caisse de remplacement, d'assistance et de soutien lors de cas tragiques ou de nécessité. Cette solution exige une révision des statuts avec adaptation de l'article précisant le but.
- Dissolution de la Caisse.
- Fusion avec d'autres caisses de remplacement.
- Maintien de la Caisse en régie propre, avec réassurance auprès d'une compagnie d'assurance.
- Conclusion d'un contrat avec une institution privée. Nous sommes en possession d'offres avantageuses.

Il est du devoir de chaque membre de la Caisse de prendre position en temps voulu sur ces questions vitales pour notre institution.

Les enseignants nouvellement nommés sont priés de s'adresser au caissier:

M. Max Graber, maître secondaire, Erlachstrasse 4, 3270 Aarberg. Adresse du président: M. Fritz Röthlisberger, directeur d'école, 3013 Berne, Morgenstrasse 21b.

Le comité

Revision des statuts

Votation générale

Les comités de sections adresseront prochainement à leurs membres le matériel de vote pour la votation générale relative à la révision des statuts (dernier délai pour voter: le 6 juin 1974).

Les collègues qui n'auraient pas reçu ce matériel jusqu'au 15 mai voudront bien s'annoncer au secrétaire du Comité cantonal: U. Kurth, Töpfereistrasse, 3423 Ersigen (tél. 034 45 11 60).

Le Comité cantonal SBMEM

Dans les sections

Delémont

Synode de décembre 1973

Bienvenue et procès-verbal

L'assemblée synodale s'est tenue le vendredi 7 décembre 1973, à l'aula du Collège de Delémont, en présence d'une centaine de membres, sous la présidence de M. *Antoine Comte*, maître secondaire, de Bassecourt. En ouvrant l'assemblée, le président salua l'assistance, et particulièrement M. *Marcel Rychner*, secrétaire central de la SEB, et fit part de quelques excuses.

Personne ne demandant la lecture du procès-verbal de la précédente assemblée, celui-ci fut accepté sous réserve des mises au point suivantes, à la demande de M. *Jean-Pierre Bægli*, de Delémont:

1. Sous le titre «Réforme des structures», il faut lire: «... les solutions préconisées par le rapport de la commission de la SPR» (en place de SPJ).
2. Sous le titre «Divers», deuxième paragraphe, dernier alinéa, supprimer la conclusion (notamment en ce qui concerne le rapport «Changer l'école»).

Rapport d'activité

Le président présenta ensuite un rapport d'activité consacré à la campagne menée en faveur de la nouvelle loi sur les traitements, à la révision des statuts de la SPJ et à la nomination d'un secrétaire-adjoint de langue française à la SEB. Puis il rappela la mémoire de trois collègues décédés récemment: Mme *Marie Bindit*, MM. *Henri Christe* et *François Joset*. L'assemblée témoigna sa sympathie à Mme *Madeleine Bieri-Zuber*, qui vient de perdre successivement son père, son mari et son beau-frère.

Mutations et admissions

L'assemblée enregistra deux départs, trois mutations et vingt-deux admissions.

Délégués SEB

L'assemblée procéda à la nomination de nouveaux délégués à la SEB, en remplacement de Mme *Monique Petermann*, et de MM. *Michel Girardin* et *Laurent Bourquard*, arrivés au terme d'une période et manifestant le désir d'être déchargés de leurs fonctions. Les démissionnaires furent chaleureusement remerciés pour les services rendus et, sur proposition du comité, les personnes suivantes furent désignées pour leur succéder: Mme *Anne-Marie Lachat-Guélat* (Glovelier), M. *Francis*

Theurillat (Delémont) et M. *Maxime Schaller* (Vicques). Le poste de suppléant fut attribué à M. *Georges Steiner* (Courfaivre).

Loi sur les traitements du corps enseignant

M. Comte rappela ensuite l'important travail qui a été fait dans le district pour soutenir la nouvelle loi sur les traitements du corps enseignant. Il remercia toutes les personnes qui, de près ou de loin, ont contribué au succès du scrutin.

Dans un long rapport, M. *Abel Babey*, secrétaire du Comité d'action pour le Jura, rappela les nombreuses démarches effectuées pour faire passer la nouvelle législation.

M. Comte lança ensuite un pressant appel à tous les collègues qui ne font pas partie de la SEB et qui, pourtant, bénéficient des avantages obtenus grâce au travail de celle-ci. Au nom de la solidarité et de la justice, le président invita les «non-syndiqués» à se joindre à nous.

M. *Philippe Chételat*, maître secondaire à Bassecourt, releva avec un peu d'amertume le problème des collègues remplaçants qui ne sont pas au bénéfice d'un brevet secondaire. Selon la licence qu'ils possèdent, leur salaire peut varier du 70 au 90 % de celui des maîtres diplômés. M. Chételat demanda quels sont les critères de la DIP – qui, vraisemblablement, veut protéger le brevet – pour établir ces classifications arbitraires. M. Chételat aimerait que le synode se prononce sur ce problème et envisage de solliciter une amélioration.

C'est M. Rychner qui lui répondit, en admettant que le problème existe. Il releva que six salaires différents sont en vigueur dans les gymnases. Il souligna également qu'il est tout à fait normal que les enseignants titrés gagnent plus que les remplaçants, quelle que soit leur formation. M. Chételat admit ces arguments, mais il resta sur sa position en ce qui concerne la classification subjective des licences. Ce point ne figurant pas à l'ordre du jour, aucune décision ne fut prise à ce sujet.

Réforme des structures

M. *Jean-Pierre Bægli*, vice-président de la SPJ, rapporta sur l'avant-projet de réforme des structures de la SPJ. Cette société pédagogique doit actuellement traiter d'une série de problèmes qui échappent à sa compétence, statutairement parlant. Il s'agit dès lors d'adapter les statuts aux nécessités nouvelles, d'incorporer la SPJ directement dans la SEB, la première devenant en quelque sorte la section jurassienne de la seconde. Si, pour des problèmes touchant à l'ensemble des enseignants du canton, la SEB avait à prendre une décision jugée inadéquate par et pour la société jurassienne, cette dernière se réservait de présenter une proposition minoritaire à l'autorité du canton.

Un exemplaire de l'avant-projet fut remis à chaque participant.

Nomination d'un secrétaire-adjoint de langue française à la SEB

M. *Pierre Jelmi*, de Bassecourt, président de la SPJ, présenta un rapport sur la création d'un poste de secrétaire-adjoint de langue française à la SEB. Un rapport et le calendrier proposé furent remis également à chaque participant, comme base de discussion.

L'actuel secrétaire, alémanique, ayant présenté sa démission, la SPJ a estimé que le moment était venu de faire

valoir d'anciennes revendications et de demander la nomination d'un employé de langue française dans l'administration de la SEB. Ce secrétaire fera partie du secrétariat permanent mais pourra, s'il le désire, résider dans le Jura. Il consacrera la moitié de son travail à des affaires jurassiennes. Son salaire et ses frais seront à la charge de la SEB, l'installation et le loyer de son bureau à celle de la SPJ.

Après une discussion animée, relative surtout à des points de détail, l'assemblée se prononça, sans opposition, en faveur de ce projet, qui devrait décharger considérablement de leurs obligations actuelles les membres du Comité de la SPJ.

Comité primaire

Une Association des instituteurs primaires existe depuis 1972 au niveau cantonal. Pour satisfaire aux statuts, une conférence primaire devrait être mise sur pied dans le cadre de la section. Une seconde possibilité réside dans la nomination d'un comité de trois membres. Le synode opta pour cette seconde solution. Les membres qui en feront partie restent à désigner. Ce problème sera abordé lors du prochain synode.

Divers

Personne n'utilisant la rubrique des divers, M. Antoine Comte leva cette longue assemblée aux environs de 17 heures.

Jacqueline Houriet, Delémont

Franches-Montagnes

Synode en terre neuchâteloise

Une soixantaine d'enseignants de la section des Franches-Montagnes ont participé, au Locle, à leur assemblée synodale présidée par M. *François Beucler*, maître secondaire à Saignelégier.

Après avoir transmis les excuses des inspecteurs scolaires, absents ce jour-là, le président a souhaité la bienvenue aux quelque soixante membres présents. Exceptionnellement, cette année, une journée complète a été retenue pour cette assemblée, vu l'importance de la matière à traiter.

Le secrétaire, M. *Michel Aubry*, étant absent pour cause d'accident, le procès-verbal fut présenté par M. *Jean-Claude Brossard*, alors que la récapitulation des comptes, faite par M^{me} *Anne-Marie Allimann*, mit en évidence la situation stable des finances.

Dans un rapport concis, le président a évoqué l'activité de la section franc-montagnarde de la SEB. Il a rappelé l'excellent travail fourni par M. *Georges Chappuis*, député, instituteur aujourd'hui retraité, au sein du comité d'action pour la nouvelle loi sur les traitements.

Le président a annoncé ensuite que les enseignantes francs-montagnards avaient répondu favorablement à la question de créer éventuellement un poste de secrétaire francophone à la SEB. M. *Paul Simon* représentera la section à l'assemblée des délégués qui prendra la décision finale à ce sujet, le 24 avril.

L'assemblée a honoré la mémoire de M. *François Joset*, ancien instituteur au Bémont et à Saignelégier, décédé l'an dernier à Delémont.

Quatre admissions ont été acceptées par l'assemblée: M^{me} *Ruth Nussbaum*, institutrice au Noirmont; M^{me} *Dominique Bilat*, maîtresse secondaire au Noirmont;

Mme *Pernette Ingold*, institutrice aux Bois; M. *Maurice Jecker*, maître secondaire aux Breuleux. Puis l'assemblée a pris acte des démissions suivantes: Mmes *Jacqueline Miserez* (Saignelégier), *Marie-Thérèse Triponez* (Soubey), *Colette Brülhart* (Les Montbovats); M. *Georges Chappuis* (Le Noirmont).

Spectacles scolaires

M. *Michel Ketterer*, directeur de l'école secondaire du Noirmont, a informé l'assemblée au sujets des deux prochains spectacles réservés aux écoliers:

– *Clowns* est une représentation destinée aux grands (13 à 16 ans). Organisé à Saignelégier, ce spectacle fera découvrir l'historique, la technique et le rôle des clowns dans le théâtre moderne. Il aura lieu le 29 mars.

– *Le Roman de Renart* amusera les enfants de 7 à 12 ans, au Noirmont, le mardi 30 avril prochain. Vu le succès de cette pièce, le TPR a accepté de la présenter une nouvelle fois.

De nombreuses écoles sont déjà inscrites pour ces représentations. Inscriptions ou demandes de renseignements les concernant peuvent être adressées à M. Ketterer.

Nouveaux statuts SPJ et cours de perfectionnement

De nouveaux statuts pour la SPJ étant en préparation, M. *Laurent Froidevaux*, des Embois, a informé l'assemblée à ce sujet. La SPJ, partie intégrante de la SEB, tend à devenir section autonome de cette dernière et est considérée comme seule organisation parlementaire valable par les autorités.

Après discussion à propos des cours de perfectionnement, le synode a souhaité une plus ample information au sujet de ces cours et du remplacement des heures d'école

qu'ils nécessitent. On émit même le vœu d'une entrevue éventuelle avec le directeur du Centre de perfectionnement au niveau du synode.

Caisse d'assurance

Cette assemblée fut immédiatement suivie des assises de la Caisse d'assurance du corps enseignant, présidée par M. *Jean-Marie Aubry*, instituteur à Goumois. Il s'agissait là surtout d'une information donnée concernant le fonctionnement de la Caisse. M. Aubry donna d'utiles renseignements aux institutrices notamment qui, dans le courant du mois, doivent prendre une importante décision concernant leur statut.

Elections et visites

Le comité fut ensuite réélu pour une période de cinq ans. Il se présente comme suit: M. *Jean-Marie Aubry* (Goumois), président; M. *Jean-Claude Brossard* (Le Noirmont), vice-président; M^{me} *Gisèle Joly* (Le Noirmont), secrétaire. Le président est délégué de la section auprès de l'assemblée centrale.

Ce fut ensuite la visite passionnante du Musée d'horlogerie, au Château des Monts. Le conservateur, M. *Ephrem Joly*, un Franc-Montagnard, dirigea de façon impeccable la visite des riches collections du musée et de l'exposition temporaire consacrée au travail de l'horloger danois Jürgensen.

Après un excellent repas au restaurant campagnard des Endroits, les enseignants francs-montagnards se rendirent au Musée paysan, à La Chaux-de-Fonds, où ils apprécièrent la belle mise en valeur du patrimoine rural du Jura neuchâtelois.

Maxime Jeanbourquin, Les Bois

Mitteilungen des Sekretariates

Aus den Beratungen des Kantonavorstandes BLV

Sitzung vom 4. Mai 1974

Vorsitz: Kurt Vögeli

Besoldungen. Die Reihe der Ungeschicklichkeiten und technischen Pannen verlängert sich. Am 16. April hat der Leitende Ausschuss in einem Brief an die ED gegen die Weisung protestiert, die am 31. März im ASB erschienen ist und die *Entschädigung der Schulvorsteher* betrifft. Es ist unannehmbar, dass zahlreiche Kollegen auf unbestimmte Zeit warten müssen, bis sie wissen, ob sie für Verwaltungsfunktionen, die sie gewissenhaft erfüllen, etwas erhalten werden, und wieviel. Anlässlich der periodischen Besprechung vom 1. Mai mit dem Herrn Erziehungsdirektor und seinen wichtigsten Mitarbeitern bestanden wir darauf, die für das Schuljahr 1973/74 gültige Übergangslösung solle unverzüglich bis 1975 verlängert werden. Unterdessen wird die ED, in Kenntnis des Vorschlags, den ihr der Kantonavorstand am 14. Februar 1974 übermittelt hat, sowie des Vorschlags, den die Vorsteherkommission BLV dem KV unterbreitet hatte, eine Verordnung ausarbeiten und dem BLV sowie den direkt Interessierten zur Vernehmlassung

Communications du Secrétariat

Extrait des délibérations du Comité cantonal SEB

Séance du 4 mai 1974

Présidence: M. Kurt Vögeli

Traitements. La série des maladresses et pannes techniques s'allonge. Le Comité directeur a protesté, le 16 avril, dans une lettre à la DIP, contre l'avis paru le 31 mars dans la FOS au sujet des *indemnités versées pour la direction d'une école*. Il est inadmissible que de nombreux enseignants doivent attendre indéfiniment pour savoir s'ils toucheront quelque chose, et combien pour des fonctions administratives qu'ils remplissent consciencieusement. Lors de la conférence périodique du 1^{er} mai avec M. le directeur IP et ses principaux collaborateurs, nous avons insisté pour que la solution transitoire en vigueur pour l'année scolaire 1973/74 soit immédiatement reconduite jusqu'en 1975. Entre-temps, la DIP élaborera, en connaissance de la proposition que le Comité cantonal lui a transmise le 14 février 1974 et de celle que la commission SEB des directeurs d'école avait soumise au Comité, un projet d'ordonnance, sur lequel la SEB et les intéressés directs auront à se prononcer. La DIP pense à une somme globale, fonction de la gran-

vorlegen. Die ED denkt an eine hauptsächlich von der Grösse einer Schule abhängige Globalsumme, die die lokalen Behörden zwischen dem Vorsteher und den übrigen «Funktionären» zu verteilen hätten; der KV verlangt einen detaillierten Katalog oder wenigstens Richtlinien zuhanden der Gemeinden, um eine gewisse Gleichmässigkeit zu garantieren.

Zur Anwendung der *Besitzstandgarantie* hatte die Abordnung BLV mehrfach verlangt, die Vertreter der interessierten Sektionen (Bern, Biel, Köniz, Thun usw.) sollten nochmals die Gelegenheit erhalten, ihren Standpunkt darzulegen, den der Kantonalvorstand bekanntlich unterstützt. Worum handelt es sich? In den drei letzten genannten Gemeinden wird die Besitzstandgarantie seit langem grosszügiger angewendet als in der kantonalen Verwaltung. Wenn ein Angestellter bei der Anstellung in der Gemeinde oder bei einer Revision der Besoldungsordnung bereits eine höhere Besoldung erhalten hatte, als er nach diesem Stichtag zugute gehabt hätte, wurde ihm der Unterschied zur neuen Besoldung hinzu garantiert. Diese Ergänzungszulage hatte er solange zugut, bis seine neue Besoldung wegen einer persönlichen Beförderung, einer Alterszulage oder einer kollektiven Revision im Realwert stieg; die Ergänzungszulage wurde um den neuen Gewinn herabgesetzt oder verschwand vollständig. Die Übergangszeit dauerte im allgemeinen mehrere Jahre. – Im Gegensatz dazu hat die kantonale Verwaltung (wie die der Stadt Bern und andere) die Teuerungszulage immer in diese Berechnung einbezogen, so dass die Besitzstände, die bei der Einführung des neuen Lehrerbesoldungssystems festzustellen waren, innerhalb ein bis zwei Jahren ausgelöscht würden, wenn diese engere Interpretation des Begriffes Besitzstand auf unsere Kollegen in den grösseren Gemeinden angewendet würde.

Trotz unserem mehrfach ausgedrückten Wunsch, trotz einem Gesuch der Gemeindeverwaltung Biel vom 5. Mai 1973, auf das noch heute keine schriftliche Antwort vorliegt, und trotz den dringenden Vorstellungen des Zentralsekretärs gegenüber Herrn S. Kohler und seinen Mitarbeitern anlässlich telefonischer Gespräche am 23. April hat die ED eine Grundsatzzerklärung des Regierungsrates bereits am 1. Mai veranlasst und dadurch den Vorstand und die betroffenen Sektionen vor den Kopf gestossen. Der Kantonalvorstand ist empört, derart übergangen zu werden, was leider nicht das erste Mal ist. In einem Brief an Herrn S. Kohler protestiert er energisch und unterstreicht, dass eine wirksame Zusammenarbeit nur spielen kann, wenn sich die Partner gegenseitig ernst nehmen.

Der Regierungsratsbeschluss, der den Besitzstand einen-gend definiert, wurde uns anlässlich einer *technischen Konferenz* ausgehändigt, an der am 2. Mai Abordnungen der ED, des Personalamtes und des BLV (einschliesslich der grossen Sektionen) teilnahmen. Herr U. Kramer, der den Vorsitz führte, wurde während der Sitzung von Herrn Kohler ans Telefon gerufen, berichtete ihm über die sehr lebhafte Reaktion der Lehrervertreter und erhielt Auftrag, diesen mitzuteilen, dass Herr Kohler gewillt sei, die Frage nochmals zu prüfen, wenn wir genügend gewichtige Argumente vorlegen könnten.

Der Vorstand nimmt von dieser Erklärung Kenntnis; sie bestätigt diejenige, die die Präsidenten beider Bieler Sektionen am 30. April in Spezialaudienz erhalten haben. Der KV wird zur Grundsatzfrage eine neue Eingabe einreichen.

deur d'une école surtout, que les autorités locales seraient appelées à répartir entre le directeur et les autres «fonctionnaires»; le C.c. préférerait un catalogue détaillé ou, du moins, un «mode d'emploi» à l'intention des communes, afin d'assurer une certaine égalité.

Pour la *garantie de la situation acquise*, la délégation SEB avait demandé à plusieurs reprises que les représentants des sections intéressées (Berne, Bienne, Köniz, Thoune, etc.) aient encore une fois l'occasion de défendre leur point de vue, appuyé par le Comité cantonal. Résumons de quoi il s'agit. Dans trois de ces communes (les dernières nommées), la garantie d'une situation acquise est pratiquée depuis longtemps d'une manière plus large que dans l'administration cantonale. Si un employé, en entrant au service de la commune ou lors d'une révision du système des traitements, touchait déjà un traitement supérieur à celui qui lui revenait après la mutation, la différence lui était garantie en plus du nouveau salaire. Ce montant supplémentaire lui restait acquis jusqu'au moment où son nouveau traitement augmentait en valeur réelle, du fait d'une promotion personnelle, d'une allocation pour années de service ou d'une révision collective; le montant garanti diminuait alors dans la proportion du nouvel acquit ou disparaissait même entièrement. La période transitoire durait en général quelques années. – Par contre, l'administration cantonale (comme celle de la ville de Berne et d'autres) a toujours inclus les allocations de cherté dans le calcul ci-dessus, de sorte que les montants garantis lors du changement de système seraient épongés en l'espace d'une à deux années, si cette interprétation était appliquée aujourd'hui aux collègues des grandes communes, en application de la cantonalisation des traitements.

Malgré notre demande plusieurs fois exprimée, malgré une requête que la municipalité de Bienne lui avait adressée le 5 mai 1973 et à laquelle elle n'a pas encore reçu de réponse, malgré les conseils pressants du secrétaire central à M. S. Kohler et à ses collaborateurs lors d'entretiens téléphoniques le 23 avril, la DIP a provoqué une décision de principe du Conseil-exécutif dès le 1^{er} mai, et brusqué ainsi le Comité et les sections concernées. Le Comité cantonal est indigné d'une méthode aussi cavalière, dont ce n'est du reste pas le premier exemple qu'il subisse. Dans une lettre à M. S. Kohler, il proteste énergiquement et souligne qu'une collaboration efficace ne peut jouer que si les partenaires se prennent réciproquement au sérieux.

L'arrêté du Conseil-exécutif qui confirme la définition restrictive de la situation acquise a été porté à notre connaissance lors d'une *conférence technique* à laquelle participaient, le 2 mai, des délégations de la DIP, de l'Office du personnel et de la SEB (y compris les grandes sections). M. U. Kramer, qui la présidait, appela au téléphone par M. Kohler, le mit au courant de la réaction très vive de l'assistance et reçut mission de faire part à celle-ci de ce que M. Kohler était disposé à revoir la question si les arguments que nous pourrions invoquer avaient assez de poids.

Le Comité prend connaissance de cette déclaration, qui confirme celle qu'ont reçue les présidents(es) des deux sections bernoises le 30 avril en audience spéciale; il présentera une nouvelle requête sur la question de principe.

Dans le même arrêté du 1^{er} mai, le Conseil-exécutif institue un *groupe de travail* composé d'un fonctionnaire de chacune des deux Directions engagées et de deux ensei-

Im gleichen Beschluss vom 1. Mai schafft der Regierungsrat eine *Arbeitsgruppe*, die aus je einem Beamten der beiden beteiligten Direktionen und zwei in der Unterrichtsverpflichtung entlasteten Lehrern zusammengesetzt ist. Die Arbeitsgruppe ist im Auftrage der Finanzdirektion für die *Ermittlung und Erledigung der Besitzstandsfälle* verantwortlich und wird dabei eng mit den Gemeindeverwaltungen, den Besoldungsspezialisten der örtlichen Lehrerschaft und gegebenenfalls mit den zuständigen Inspektoren zusammenarbeiten. Der KV begrüßt diese Massnahme und verlangt, dass die Gruppe ihre Arbeit so vorantreiben kann, dass die hängigen Fälle möglichst rasch erledigt werden. Immerhin müssen die direkt Betroffenen mit längeren Fristen rechnen, da das ganze Gebiet sogar für einigermassen Eingeweihte überraschend kompliziert ist.

Die beiden Vertreter des Lehrkörpers sind Ulrich Berger, Sekundarlehrer, Sektionspräsident, Biel, und Peter Neuenschwander, Vorsteher, Sektionssekretär, Thun. Die Besprechung vom 2. Mai betraf ebenfalls die ohne Voranmeldung im *Februar und März* durch das Personalamt vorgenommenen *Lohnabzüge* (während des Sommersemesters 1973 in grossen Gemeinden zuviel bezogene Beträge) und leider auch die Abzüge der BLVK (Einkauf, Prämienachtrag für die erhöhte versicherte Besoldung). Im April haben die Lehrer von rund 15 Mittelschulen und die Primarlehrerschaft mehrerer Gemeinden keinen Rappen an Lohn bezogen, weil das Personalamt die nötigen Meldungen nur unvollständig erhalten hat. Anderseits wurde ein Teil der Entschädigungen für Zusatzlektionen nicht ausbezahlt, weil die genauen Begründungen fehlten.

Die Abordnung BLV verschliesst sich den technischen Überlegungen von Fürsprecher Jauch, Chef des PA, nicht; zwanzigtausend Besoldungen monatlich ausrichten, hälftig an Lehrer, hälftig an Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates, setzt eine sehr straffe Organisation voraus. Das PA hatte die Schwierigkeiten der Übergangsperiode vorausgesehen und beantragt, die grossen Gemeinden sollten noch ein bis zwei Jahre ihren Lehrern die Besoldungen ausrichten, doch wurde das abgelehnt; leider haben sich die Befürchtungen des PA bewahrheitet. Trotz diesen besonderen Umständen bedauert der Vorstand, dass die Verwaltung die Lehrer nicht mindestens besser über das ASB oder das BSB, das wir zur Verfügung gestellt hatten, orientiert hat. Er dankt den Gemeinden, die ihren Lehrern Lohnvorschüsse gewährt haben und ist erstaunt, dass Bern-Stadt dies strikte ablehnte.

Die Sektion Bern-Stadt hat uns einen Antrag der Primarlehrerkonferenz betr. Ungleichheiten bei der Bezahlung von *Schwimm- und Gartenbaulektionen* usw. unterbreitet. Der Vorstand ist einverstanden, eine Eingabe an die Behörde in Aussicht zu nehmen, und bittet die Sektion, alle Aspekte der Frage durch einen kleinen Ausschuss studieren zu lassen.

Die drei Personalverbände (BLV, Staatspersonalverband, VPOD) haben der Regierung eine gemeinsame Eingabe zugestellt. Sie verlangen, die *Familienzulage* solle von Fr. 900.— auf Fr. 1200.— und die *Kinderzulage* von Fr. 600.— auf Fr. 780.— erhöht werden und stellen die Frage einer späteren Anpassung der Ortszulagen nach dem Beispiel des Bundes zur Diskussion.

Besprechung mit der ED vom 1. Mai (übrige Traktanden). Die neueste Panne ist umso bedauerlicher, als sich die Einrichtung regelmässigen Gedankenaustausches zwi-

gnants, qui seront déchargés en classe. Le groupe aura pour mission de détecter et d'examiner les cas de situation acquise en collaboration étroite avec l'administration de la commune, les spécialistes du corps enseignant local et, cas échéant, les inspecteurs compétents. Le Comité cantonal approuve cette mesure et demande que le groupe puisse travailler à un rythme qui permette de liquider les cas en suspens aussi rapidement que possible. Néanmoins, les intéressés doivent compter avec des délais importants, vu la complexité de la matière surprenante même pour les experts.

Les deux représentants du corps enseignant seront MM. Ulrich Berger, maître secondaire, président de section, Biel, et Peter Neuenschwander, directeur d'école et secrétaire de section, Thoune.

L'entretien porte également sur les *défalcations* opérées sans préavis sur les *traitements de février et mars* par l'Office du personnel au titre de remboursement de sommes touchées en trop pendant l'été 1973 dans de grandes communes et, malheureusement, par la CACEB (rachats, primes complémentaires sur le traitement assuré supérieur). En avril, les professeurs d'une quinzaine d'écoles moyennes et le corps enseignant primaire de plusieurs localités n'ont pas touché un centime de salaire, les informations de base n'ayant été fournies à l'Office du personnel qu'imparfaitement ou avec retard. D'autre part, une partie des leçons supplémentaires n'ont pas été rétribuées, faute de justification suffisante.

La délégation SEB n'est pas inaccessible aux considérations d'ordre technique de M^e Jauch, chef de l'OP; les 20 000 traitements à servir chaque mois, dont la moitié à des enseignants, l'autre moitié à des fonctionnaires, employés et ouvriers de l'Etat, supposent une organisation très stricte. Prévoyant les difficultés de la période transitoire, l'OP avait demandé que les grandes communes continuent, pour un ou deux ans, à servir les traitements à leurs enseignants, ce qu'elles ont refusé; les craintes de l'OP se sont malheureusement vérifiées. Malgré ces circonstances spéciales, le Comité regrette que l'administration n'ait pas au moins mieux informé les enseignants, par le canal de la FOS, ou de l'EB, qu'on lui avait offerte. Il remercie les communes qui ont avancé le traitement à leurs enseignants et s'étonne que Berne-Ville s'y soit strictement refusée.

La section de Berne-Ville nous a transmis une demande de la conférence primaire relative à des inégalités injustes dans l'indemnisation des *leçons de natation, jardinage*, etc. Le Comité est d'accord de prendre en considération une requête auprès des autorités et demande à la section de faire étudier tous les aspects de la question par une petite commission.

Les trois associations du personnel (SEB, Association du personnel de l'Etat, VPOD) ont adressé une requête commune au Conseil-exécutif. Elles demandent de faire passer *l'allocation pour famille* de Fr. 900.— à Fr. 1200.— et celle *pour enfant* de Fr. 600.— à Fr. 780.— et de mettre à l'étude une adaptation ultérieure des allocations de résidence, la Confédération en ayant donné l'exemple.

Conférence avec la DIP, du 1^{er} mai (autres matières). La nouvelle panne est d'autant plus regrettable que l'institution d'échanges réguliers d'idées entre dirigeants DIP et SEB s'avère très utile. Celle du 1^{er} mai a porté sur les sujets suivants :

Un certain *reflux d'enseignants* de l'économie privée vers l'école pose quelques problèmes de réadaptation, sinon

schen der Leitung der ED und des BLV als sehr nützlich erweist. Derjenige vom 1. Mai betraf folgende Gegenstände:

Ein gewisser *Rückfluss von Lehrern* von der Privatwirtschaft in die Schule stellt einige Anpassungs-, ja Wieder-eingliederungsprobleme. Überzeugt, diese Kollegen würden freiwillig die Gelegenheit erfassen, ist der KV der Auffassung, es seien ihnen Hospitationen, Seminare und Kurse anzubieten, alles freiwillig und berufsbegleitend. Der neue Erfahrungsschatz, den sie in ihrer ausser-schulischen Tätigkeit erworben haben, wird meistens die augenblicklichen Lücken ausgleichen, die in ihrer pädagogischen Information bestehen könnten.

(Berichterstatter: Hans Perren.)

Heinrich Schütz, Präsident der *Kommission BLV für die Lehrerbildung* (KOLB) legt in den grossen Zügen das Arbeitsprogramm der Kommission vor. Die Diskussion ergibt Übereinstimmung darin, dass zumindest die mittelfristige Lösung sich auf die bestehenden Mittelschultypen abstützen muss; dies sind in erster Linie das Seminar, zusätzlich aber auch das Gymnasium. Eine gewisse Durchlässigkeit und Konvergenz der Programme ist wünschbar. Das freiwillige Weiterbildungsjahr, das die Kommission Schläppi vorschlägt, sollte auf keinen Fall dafür zum Vorwand dienen, die Verlängerung der Grundausbildung auf den Nimmerleinstag aufzuschieben; es könnte höchstens den Lehrern aller Altersstufen eine Gelegenheit zum nachträglichen Auffrischen ihrer Kenntnisse und zum Gedankenaustausch mit Kollegen und Kennern der Theorie bieten.

Kindergärtnerinnen mit Sonderausbildung (Logopädie usw.) sind zwar im Lehrerbesoldungsgesetz indirekt erwähnt; damit sie aber an Sonderkindergärten für Sprachheil-unterricht usw. gewählt werden können und die betreffende Entschädigung erhalten, braucht es eine zweite gesetzliche Grundlage, da das Dekret über die Sonderklassen sich nur auf die Primarschule bezieht. Eine Reihe Detailstudien und Vernehmlassungen werden zu diesem Zweck nötig sein; die ED erwägt, in ein bis zwei Jahren den Entwurf eines Gesetzes über die Kindergärten vorzulegen. Fräulein S. Meier, Präsidentin des Kindergartenvereins, übernimmt es, gewisse vorbereitende Aufgaben mit der Unterstützung des BLV an die Hand zu nehmen.

Darlehen und Unterstützungen. Darlehen von Fr. 3000.— und Fr. 2000.— werden an zwei Kollegen gewährt, damit sie vorübergehende Schwierigkeiten überbrücken können; der eine hat z. B. im April keinen Lohn erhalten! Dem Schweiz. Lehrerverein und der Bern. Lehrerver-sicherungskasse wird nahegelegt, einem Familienvater Hypothekdarlehen zu gewähren.

Ernennungen. Anlässlich der in den Statuten vorgesehenen periodischen Erneuerung und infolge Demission werden Frau *Edith Knell* und *Werner Brand* als Mitglieder der Sternhaus-Kommission ernannt. – Die freie Stelle einer Sachbearbeiterin für die gewerkschaftlichen Angelegenheiten im Zentralsekretariat wird durch eine sehr gut empfohlene Angestellte besetzt; aus beruflichen Gründen wird deren Name später bekannt gegeben. – *Wir suchen immer noch eine zuverlässige und selbständige Angestellte mit genügend Kenntnissen in der 2. Kantons-sprache zur Führung des Mitgliederverzeichnisses, der Adressen für das Berner Schulblatt und zur Überprüfung der Sektionsabrechnungen. Gute Arbeits- und Anstel-lungsbedingungen. Wer vermittelt sie uns?*

de recyclage. Persuadés que ces collègues seront heureux d'en saisir volontairement l'occasion, le Comité est d'avis qu'il convient de leur offrir des stages, séminaires et cours, tous facultatifs, qu'ils pourront suivre tout en tenant leur classe. L'expérience nouvelle qu'ils ont acquise dans leur activité intermédiaire compensera dans la plupart des cas les lacunes momentanées qu'ils pourraient avoir dans l'information pédagogique. (Rapporteur: M. Hans Perren.)

M. H. Schütz, président de la commission SEB pour la *formation des enseignants*, expose dans les grandes lignes le programme de travail que la commission a établi. On est d'accord que la solution de l'avenir (à moyen terme, pour le moins) doit s'appuyer sur les types d'école moyenne existant: l'Ecole normale, en premier lieu, le gym-nase, subsidiairement. Une certaine perméabilité, voire convergence des programmes, est désirable. L'année de formation supplémentaire facultative, proposée par la commission Schläppi, ne devrait en aucun cas servir de prétexte à renvoyer aux calendes grecques la prolongation de la formation de base; elle pourrait tout au plus offrir aux enseignants de tous âges une occasion bien-venue de réviser et compléter leurs connaissances et d'échanger leurs expériences entre eux et avec des théori-ciens.

Les *jardinières d'enfants à formation spéciale* (logopédie, etc.) sont bien mentionnées dans la loi sur les traitements; mais pour qu'elles puissent être nommées à des jardins d'enfants orthophoniques et toucher l'indemnité spéciale, il faudra créer une deuxième base légale, vu que le décret sur les classes spéciales ne s'applique qu'à l'école primaire. Une série d'études de détail et de consultation sera néces-saire à cet effet; la DIP prévoit de présenter, dans un à deux ans, un projet de loi sur les jardins d'enfants. Mme S. Meier, présidente des jardinières d'enfants, accepte d'assumer certaines tâches préparatoires, avec le soutien de la SEB.

Prêts et secours. Des prêts de Fr. 3000.— et Fr. 2000.— sont accordés à deux collègues pour leur permettre de surmonter des difficultés passagères (l'un n'a pas reçu de traitement en avril!). On recommande au «Schweizeri-scher Lehrerverein» et à la CACEB d'allouer des prêts hypothécaires à un père de famille.

Nominations. Au cours du renouvellement périodique prévu par les statuts et ensuite de démissions, Mme *Edith Knell* et M. *Werner Brand* sont nommés membres de la commission des logements pour retraités (Maison-en-étoile). – Le poste vacant d'employé spécialisé pour les affaires syndicales au secrétariat est repourvu par une dame très bien qualifiée; pour des raisons profes-sionnelles, son nom sera publié plus tard. – *Nous cherchons encore une employée conscientieuse et débrouillarde, connais-sant suffisamment la deuxième langue cantonale, pour la tenue du registre des membres et des adresses pour «l'Ecole bernoise», et pour la révision des décomptes des sections. Bonnes conditions. Qui nous la procure?*

Divers. Les détails de la visite réciproque de deux grou-pes de collègues entre Israël et Berne sont confiés au C. d. et à M. R. Grob. – Vacances du secrétaire central: du 9 mai au 7 juin.

Prochaines séances: 15 juin (réserve), 29 juin (passation des pouvoirs).

Le secrétaire central: *Marcel Rychner*

Verschiedenes. Der LA und Kollege Dr. R. Grob werden die Einzelheiten des gegenseitigen Besuches zweier Gruppen von Kollegen zwischen Israel und dem Kanton Bern bereinigen. – Ferien des Zentralsekretärs: vom 9. Mai bis 7. Juni.

Nächste Sitzungen: 15. Juni (Reserve), 29. Juni (Übergabesitzung).

Der Zentralsekretär: *Marcel Rychner*

Rechtschreibereform

Umfrage KOSLO Nr. 11

Das *Eidgenössische Departement des Innern* hat auf Anfang 1974 nochmals eine *Orthographie-Konferenz* einberufen. Die KOSLO war durch den Präsidenten Dr. Max Huldi und Paul Scholl (IMK) vertreten. Schon 1963 erfolgte eine *Umfrage bei der Lehrerschaft*; 80% bejahten damals eine *Reform*. Es liegt nun im Interesse der weiteren Behandlung des Geschäftes, dass eine möglichst repräsentative Meinungsausserung der aktiven Lehrerschaft abgegeben werden kann.

Die 7. Plenarversammlung der KOSLO hat am 20. Februar 1974 einer *Umfrage zugestimmt*. Wollen Sie bitte den untenstehenden Fragebogen ausfüllen; ob dies individuell, als Kollegium oder als Sektion geschieht, ist Ihnen überlassen. Jede Meinung zählt und wird in der Zusammenfassung enthalten sein.

Vielen Dank für Ihre wertvolle Mitarbeit!

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in der Nr. 22 müssen spätestens bis *Freitag, 24. Mai, 07.00 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Fragebogen zur Rechtschreibereform

(aufgestellt vom GA-KOSLO)

1. Halten Sie eine Rechtschreibereform als grundsätzlich erforderlich?
Ja Nein
2. Sind Sie für die Einführung der «gemässigten Kleinschreibung?»
(Danach würden nur noch gross geschrieben: die Satzanfänge, die Eigennamen, einschliesslich der Name Gottes, die Anredefürwörter und gewisse fachsprachliche Abkürzungen, z. B. H₂O)
Ja Nein
3. Sind Sie der Ansicht, dass auf alle Fälle ein Zusammengehen im ganzen deutschen Sprachgebiet anzustreben ist?
Ja Nein

Schulstufe: _____

Schulort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte bis *spätestens 2. Juli 1974* einsenden an Eva Meyer, Sachbearbeiterin, Sekretariat BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern.

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Bienne, tél. 032 25 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.